

Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung

Redebeitrag zur Eröffnung der Ausstellung zur BerlinAgenda am 29.09.2004 im Abgeordnetenhaus von Berlin*

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen zunächst sagen, wie sehr ich mich freue, dass Sie heute mit der Eröffnung der Ausstellung ein so breites, interessiertes Fachpublikum hier in diesem Raume im Abgeordnetenhaus versammelt haben, weil ich glaube, dass wir ein Etappenziel erreicht haben, das ein Zwischenschritt ist, gerade auch mit der nunmehr beginnenden Diskussion hier in diesen Räumen. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass wir nach den Diskussionen, die es gegeben hat in den zurückliegenden Jahren, in vielen Gremien, in vielen Foren, in vielen Arbeitsgruppen, auf den verschiedenen Bänken, nun in einen Diskussionsprozess miteinander eintreten können, der mit Sicherheit die Frage beantworten muss, was bedeutet das alles denn konkret, was dort fleißig erarbeitet worden ist. Ich sage dies aus der Sicht derjenigen, die die **Prozesse aus der Beobachtung**, in der letzten Zeit auch zum Teil aus einer begleitenden Teilnahme kennt. Es hat, das wollen wir miteinander nicht verschweigen, in den Jahren der Erarbeitung der Agenda durchaus auch lähmende Prozesse gegeben, die überwunden sind, die uns aber immer noch sehr deutlich machen, in welcher Gefahr wir dann stehen, wenn wir miteinander klarmachen sollen, was es für die Zukunft bedeutet, dass das, was an Leitbildern entwickelt worden ist, nun in die Umsetzung gehen soll. Der Senat hat sich in seiner Sitzung am Dienstag auseinandergesetzt mit dem Ergebnis des Agenda-Forums, hat den entsprechenden Beschluss zur Weiterleitung an das Abgeordnetenhaus, Herr Präsident, gefasst und bittet nunmehr, so wie es der Auftrag des Abgeordnetenhauses war, Herr Momper, das Abgeordnetenhaus, im Rahmen einer Beschlussfassung sich auseinander zu setzen mit den Leitideen des Agenda-Forums. Wir wissen allerdings auch, und das ist für mich von besonderer Bedeutung, dass Papier den Eindruck erwecken kann, außerordentlich geduldig zu sein, und ich weiß, dass wir uns mit der Forderung auseinandersetzen müssen, hier nicht nur programmatische Sätze zur Diskussion zu stellen.

* Aufgrund technischer Probleme bei der Tonbandaufzeichnung sind einige Stellen des Redebeitrages hier nur unvollständig wiedergegeben.

Sie haben mir zur Aufgabe gestellt, mich hier heute nicht mit den Leitbildern auseinander zu setzen sondern Sie haben mir aufgegeben, über das Thema die Bürgergesellschaft als Thema der Stadtentwicklungspolitik zu sprechen. Ich will Ihnen sagen, dass dieses Thema **Bürgergesellschaft** hinweist auf einen Prozess des **Paradigmenwechsels**, der gerade stattfindet, verbunden auch mit einer Anforderung und Herausforderung für viele Einzelne. Die Verantwortung jedes Einzelnen nimmt zu in dieser Gesellschaft, die Allmacht der staatlichen Organisationen nimmt ab. Manche sagen, das ist gut so, manche bedauern dies, je nach Betroffenheit. Ich will nicht falsch verstanden werden, der **Rückzug des Staates** bedeutet auch, dass er dort, wo er nicht mehr unmittelbar Akteur ist, für **eindeutige Spielregeln** sorgen muss. Allerdings ist der Staat in der aktiven Rolle bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gefordert, aber eben **nicht als bevormundender, sondern als möglich machender Staat**.

Wenn wir uns ansehen, was das bedeutet, dann sind wir in der konkreten Berliner Politik sehr häufig befasst mit den Fragen der Entbürokratisierung, mit den Fragen der Vereinfachung von Verwaltungshandeln, aber wir wissen auch immer, dass dies eine Kehrseite für die Bürgerinnen und Bürger hat, die theoretisch gewollt, aber in der Praxis dann ganz häufig zur Diskussion steht. Ich will Sie mit den Beispielen, die es da mehrfach gibt, insbesondere aus dem Baubereich, auch aus meinem Ressort, hier nicht weiter befassen, aber es bedeutet immer auch, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen müssen, dass es den **Unbedenklichkeitsstempel der öffentlichen Hand** für viele privat zu regelnde Angelegenheiten wohl zukünftig nicht mehr geben will. Und das, sage ich sehr ausdrücklich, gefällt nicht jedem.

Wir sind in den Stadtentwicklungsprozessen, auf die ich eingehen will, natürlich insbesondere bei den planerischen Prozessen, verwiesen auf Ansätze, die **neue Kommunikations- und Kooperationsverfahren erforderlich** machen, ja sie gerade zur Bedingung für den Erfolg machen. Da können wir allerdings aus den Ansätzen der lokalen Agenda durchaus hilfreiche Hinweise auch für politisches planerisches Handeln ziehen. Ich will Ihnen die sozialen Differenzierungsprozesse, mit denen Sie sich ebenfalls auseinandergesetzt haben, die Prozesse in der sozialen Stadtentwicklung als Beispiel dafür nennen. Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, alle Akteure, Schulen, Kirchen, örtliche Betriebe, aber auch andere Initiativen und Organisationen zusammenzuführen zu einem zielgerichteten Handeln, bedeutet auch, ihnen Verantwortung und Beteiligungsmöglichkeiten, ja **Entscheidungsmöglichkeiten** zu überlassen. Wir sind bei der Bürgerbeteiligung und beim Bürgerengagement Wege gegangen, bei denen wir uns die Frage gestellt haben, ob das Angebot, das wir den Bürgerinnen und Bürgern machen, dann tatsächlich auch angenommen wird, ob es auf das wirkliche Interesse der Bürgerinnen und Bürger stößt. Immer dann, wenn Mitgestaltung weitergeführt wird als über die üblichen Beteiligungsverfahren, wenn es tatsächlich möglich ist zu entscheiden, auch über den Einsatz finanzieller Mittel, dann haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, größer wird.

Sie kennen das Beispiel aus den Quartiersmanagementgebieten mit dem Quartiersfond, bei denen zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger tatsächlich über die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand entscheiden konnten. Es haben sich inzwischen aus diesen Quartiersfonds heraus, in vielen Kiezen Bürgervereine gebildet, in denen Menschen sagen, wir wollen diese Prozesse des Mitentscheidens weiter tragen in unseren Alltag, in unseren Kiez, in unsere Nachbarschaft. Wir wollen den Anspruch, der uns zugemutet ist, nun auch zu unserem Anspruch machen.

Allerdings, wenn dann vor Ort darüber gesprochen wird, wie das denn ausgefüllt werden soll, dann wird es außerordentlich schwierig und kritisch. Ich sage dies auch aus den Erfahrungen heraus, die ich im Moment mache, wenn ich so wie heute zum Beispiel in der Pankstraße in einem Quartiersmanagement von den Bürgervereinen gefragt werde, wie ernst ist es denn gemeint, wenn wir mitentscheiden sollen. Hier entstehen Konkurrenzen, bei denen sich auch die demokratisch gewählten Gremien, zum Beispiel in den Bezirken, die Bezirksverordnetenversammlungen, die bisherigen Betroffenenvertretungen, diejenigen, die bisher ihre Stimme in den Ausschüssen erhoben haben, fragen müssen, ob sie nicht an **Macht und Einfluss abgeben** müssen. ...

Wir müssen also uns die Frage stellen, welches sind die Aufgaben, die auf solche Weise zu klären sind? Gibt es tatsächlich mit mehr Engagement auch mehr Identifikation im Kiez? Wie können wir verhindern, dass nicht weitere Bürokratien, weitere Gremien, weitere Organisationen und Ausschüsse und Beteiligungsverfahren entstehen, die diese Prozesse eher behindern, als dass sie sie fördern? Ich will Ihnen deshalb vorsichtig kritisch auch sagen, dass ich mit Interesse sehe, wie auch die Agenda, Herr Richter, zunächst sagt, Beteiligungsbüros, die ausreichend finanziert werden müssen, Landesbeauftragte möglicherweise müssen geschaffen und finanziert werden. Darüber muss man sich unterhalten, aber wir müssen uns auch die Frage stellen, ob nicht hier vielleicht dann nur **Stellvertreterdiskussionen** geführt werden und ob und wie wir eine Organisation auch für den Agenda-Prozess und für seine weitere Konkretisierung befördern können, die von vornherein zum Ziel hat, soweit wie möglich die Menschen vor Ort nicht nur zu informieren, sondern sie tatsächlich an Entscheidungen auch teilhaben zu lassen.

Wir sind, wenn es darum geht, **nachhaltige Stadtentwicklungspolitik** über die Kieze hinaus zu betreiben, in einer Situation, in der wir die Organisation von Prozessen so führen müssen, dass wir auch da, wo wir definieren können, welche Entwicklung sich am Rande der Stadt vollzieht oder welche Versuche der Konzentration auf die Entwicklung der Innenstadt es gibt, wir diese auch politisch begleiten müssen. Wir werden in der nächsten Zeit auch zu der Frage, wie entwickelt sich die Bevölkerung quantitativ und hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur in seinen Auswirkungen zum Beispiel auf die Mobilität in der Stadt, auf die Frage, wo wohnen wir zukünftig in Berlin, diskutieren müssen. Wir werden klären müssen, wo nachhaltige Interventionen, finanziert aus welchen Mitteln, vorrangig einzusetzen sind.

Ich lade Sie herzlich ein, diese Diskussion nicht heute, aber doch in absehbarer Zeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bezogen auf diese grundsätzliche Fragestellung, aber auch bezogen auf einzelne Kieze zu führen, und ich setze ausdrücklich auf die Kolleginnen und Kollegen, die Erfahrungen mit diesen Diskussionsprozessen in der Agenda haben.

Lassen Sie mich Ihnen, meine Damen und Herren, zum Schluss über eine Erfahrung berichten, die ich mit der Darstellung dessen, was Sie erarbeitet haben, gestern gemacht habe. Die Senatspressekonferenz hatte als erstes und einziges Thema die Vorstellung des Senatsbeschlusses zum Agenda-Prozess. Eine sehr ausführliche Darstellung, die Erläuterung des weiteren Vorgehens, die Darstellung dessen, was wir uns auch als Senat wünschen an Diskussionsprozessen im Abgeordnetenhaus, hat nicht zu sehr vielen Nachfragen geführt. Das will ich Ihnen hier deshalb sagen, weil ich glaube, dass wir in einer Situation sind, in der pure Diskussionsprozesse zu schildern, tatsächlich nicht mehr ausreichend ist. Es wird gefordert offensichtlich, und das sehen Sie auch an der Tatsache, dass es eine wesentliche presseöffentliche Reaktion auf ausführliche Darstellungen leider viel zu wenig gibt - nicht nur bei Senatspressekonferenzen, sondern auch dann, wenn Sie, aus Organisationen oder Gruppen heraus, einladen. Dann sind wir manchmal miteinander enttäuscht, wie gering das Echo ist. Das, was von uns jetzt erwartet wird, ist, dass wir die Frage klären, welchen Erfolg, welche **konkrete Lösung** wir anzubieten haben zu den Fragen, die sie anhand der Diskussion der Leitbilder aufgeworfen haben. Wir werden einzelne Fragen zur Konkretisierung und zur Umsetzung in einer Weise beantworten müssen, wie dies nach meiner Überzeugung in Treptow-Köpenick schon gelungen ist, wo sehr konkret ein Bezirk sich verhalten und dargestellt hat, was zu tun ist. Diese Anforderung richtet sich allerdings nunmehr an alle Senatsverwaltungen, an alle Fachverwaltungen, die sich beteiligt haben an dieser Senatsvorlage, die sie unterstützen im Ergebnis. Sie richtet sich aber auch an alle Akteure, an alle diejenigen, die vor Ort sich verantwortlich fühlen für einen einzelnen fachpolitischen Bereich, für eine Aufgabe, für die sie eine besondere Kompetenz haben. Die Umsetzung und Konkretisierung ist der Erfolg, an dem wir uns gemeinsam in absehbarer Zeit messen lassen müssen.